



## Merkblatt zur Geltendmachung eines Schmerzensgeldes

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

Die GdP unterstützt dich bei deinem Anliegen, nach einer im Dienst erlittenen Verletzung ein Schmerzensgeld beim Schädiger geltend zu machen. Dafür gewähren wir dir vorsorglich Rechtsschutz. In der Regel können wir aber mit deiner Vollmacht den Rechtsschutz für Landesbedienstete bei deiner Dienststelle beantragen.

Hinsichtlich der Durchsetzung deiner Ansprüche im außergerichtlichen oder gerichtlichen Zivilverfahren geben wir dir folgende Tipps:

### Präzise Dokumentation der Verletzungen:

Zur Bestimmung der angemessenen Höhe eines Schmerzensgeldanspruches ist es erforderlich, dass du deinem Rechtsanwalt deine Verletzungen exakt schilderst und mit Attesten und evt. Fotoaufnahmen belegen kannst. Unter Umständen ist es hilfreich Zeugen benennen zu können, die deine Verletzungen/Einschränkung deines physischen wie psychischen Wohlbefindens schildern können. Eine präzise Dokumentation erleichtert die Durchsetzung deiner Rechte!

### Angemessene Höhe des Schmerzensgeldes:

Welches Schmerzensgeld zur Ausfüllung der Genugtuungs- und Ausgleichsfunktion für eine erlittene Rechtsgutverletzung angemessen ist, steht im freien Ermessen des Gerichts. Du musst aber bei Gericht einen bezifferten Antrag stellen, d.h. im Fall des Schmerzensgeldes musst du einen Mindestbetrag angeben und kannst die exakte Höhe ins Ermessen des Gerichts stellen. Eine Einschätzung der angemessenen Höhe kann durch den Vergleich mit Rechtsprechungsübersichten erfolgen, so z.B. durch Heranziehen der ADAC Schmerzensgeldtabelle von Hacks/Ring/Böhm. Wird ein Schmerzensgeld gefordert, dass völlig übersetzt und unangemessen ist, dann können dich nachteilige Kostenfolgen treffen. Bei einer mutwilligen Rechtsverfolgung trägt der Dienstrechtsschutz die angefallenen Kosten nicht. Auch wir würden vor dem Ausgleich der Kosten prüfen, ob du ein völlig überzogenes Schmerzensgeld geltend gemacht hast, dessen gerichtliche Durchsetzung von Anfang an keine Erfolgsaussichten bot. Dein Rechtsanwalt muss den für dich sichersten und kostengünstigsten Weg der Rechtsverfolgung bestreiten und dich entsprechend beraten.

### Zwangsvollstreckung:

Zahlt der Schädiger nach seiner Verurteilung nicht freiwillig musst du die Zwangsvollstreckung gegen ihn betreiben, d.h. regelmäßig einen Gerichtsvollzieher beauftragen oder die Pfändung und Überweisung eines Kontoguthabens beantragen. Der Dienstrechtsschutz übernimmt die Kosten in der Regel lediglich für zwei Vollstreckungsversuche.

### Sicherung deiner Ansprüche bei finanziell schwachen Schädigern:

Um deine Chancen auf Befriedigung in der Zwangsvollstreckung zu erhöhen, kann durch das Vollstreckungsgericht gemäß § 850f Abs.2 ZPO die Pfändungsfreigrenze des Schuldners herabgesetzt werden. Voraussetzung ist indes, dass die zu vollstreckende Forderung aus einer vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlung stammt und dies im Tenor des Urteils festgestellt wurde. Wenn dein Schädiger bereits wegen der dir zugefügten Verletzungen strafrechtlich verurteilt wurde, kann ein dementsprechender Feststellungsantrag mit höchsten Erfolgsaussichten gestellt werden. Auch wenn dies noch nicht geschehen ist, kann dieser Antrag gleichwohl in Betracht kommen.

Beantragt der Schädiger die Privatinsolvenz hat dein Rechtsanwalt die Forderung gemäß § 174 Abs. 2 InsO beim Insolvenzverwalter, als Forderung aus einer vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlung stammend, anzumelden. Dein Schmerzensgeldanspruch wird dann von der Erteilung der Restschuldbefreiung gemäß § 302 Abs. 1 InsO nicht berührt und du kannst bis 30 Jahre nach Urteilserlass versuchen, zu vollstrecken.

Hast du noch Fragen?

Dann sprich deinen Rechtsanwalt an oder melde dich bei deinem Gewerkschaftssekretär!

-Markus Stöhr-  
Rechtsanwalt  
Gewerkschaftssekretär